Herner Anzeiger

Rotationsdruck und Verlag: Jngmanns & Koethers, Herne, Bahnhofstr. 71.

Amtliches Publikations-Organ für den Stadtkreis Herne.

Zugleich: „Anzeiger für das Amt Sodingen" (Amtsblatt) und „Gerther Anzeiger".

14. Jahrgang. Telegramme: Anzeiger Herne. Fernsprecher 961.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis Mk. 1.20 monatlich frei ins Haus gebracht; durch die Post bezogen viertelj. Mk. 3.60. Postscheckkonto Cöln 26667.

Jeder Abonnent des „Herner Anzeigers" ist mit 100 Mark gegen tödlichen Unfall gemäß den bekannt gegebenen Bestimmungen versichert.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil: H. Jngmanns, für den Anzeigenteil: J. Mottschek, Herne. Der auf die Anzeigen eingeräumte Nachlaß kommt bei Konkursen und gerichtlicher Klage in Wegfall.

Anzeigen werden die 1spaltige Petitzeile mit 20 Pfg., für auswärts mit 25 Pfg., Reklamen die Zeile mit 75 Pfg. berechnet. Auf alle Preise ein Teuerungszuschlag von 10%.

Sonntag, den 6. Oktober 1918.

Deutschlands neuer Friedens-Appell.

Deutschland bittet Wilson, die Herbeiführung des Friedens in die Hand zu nehmen.

Deutscher Reichstag.

192. Sitzung.

WTB Berlin, 5. Oktober 1918. (Telegr.)

Am Bundesratstische: Reichskanzler Prinz Max von Baden, v. Payer, Dr. Solf, v. Krause, Graf Roedern, Rüdlin, v. Stein, Dr. Friedberg, Dr. Drews, Gröber, Scheidemann, Erzberger und Bauer.

Der Sitzungssaal ist voll besetzt. Die Estrade für den Bundesrat und sämtliche Zuhörertribünen sind überfüllt.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 5,15 Uhr. Das Andenken des am 30. Sept. verstorbenen Abg. Hirsch-Essen (Natl.) ehrt das Haus in der üblichen Weise. Ihre Mandate haben niedergelegt v. Bonin (D. Kons.) und Volkmar (Soz.).

Dem Generalfeldmarschall von Hindenburg hat der Präsident aus Anlaß der fluchwürdigen Ermordung des Generalfeldmarschalls von Eichhorn die Teilnahme des Reichstages ausgedrückt, ebenso aus Anlaß des Todes des Botschafters Hakki Pascha der türkischen Botschaft.

Von der Entbindung des Grafen von Hertling von seinen Aemtern und von der am 3. Oktober vollzogenen Ernennung seiner Großherzoglichen Hoheit des Prinzen Max von Baden wird durch Verlesung der bezüglichen kaiserlichen Erlasse dem Reichstage amtlich Kenntnis gegeben.

Präsident Fehrenbach:

Meine Herren! Seitdem wir am 13. Juli von einander geschieden sind, sind Ereignisse eingetreten, die uns Sorge bereiten. Unsere Westarmee ist nach stürmischer Offensive zur Defensive und zur langsamen Rückwärtsbewegung übergegangen. Dem stürmischen Andrängen unserer Feinde und ihrer zahlreichen Hilfsvölker hat unsere tapfere Armee im Westen einen Wall entgegengesetzt. Wie es den Feinden bisher nicht gelungen ist, ihn zu durchbrechen, so haben wir die Hoffnung und feste Zuversicht, daß es ihnen auch in Zukunft nicht gelingen wird, dieser Schutzwehr Herr zu werden. (Lebh. Bravo.) Den tapferen Kriegern gilt unser Gruß und der Dank des Vaterlandes. (Erneuter Beifall.) Im Osten haben die Armeen unserer Verbündeten der Türkei und Bulgariens, schwere Niederlagen erlitten. Bulgarien ist aus dem Verbande ausgeschieden und hat einen Waffenstillstand geschlossen. Im Innern hat

Graf Hertling

die erbetene Entlassung aus dem Reichskanzleramt erhalten, nachdem er dieses Amt nicht ganz ein Jahr lang verwaltet hat. In hohem Alter hat er dem wiederholten dringenden Rufe des Kaisers Folge geleistet und hat getragen von der Mehrheit des deutschen Volkes, eine politische Neuorientierung in die Wege zu leiten gesucht. Uebergangszeiten bergen in ihrem Schoß immer Schwierigkeiten, sie sind auch dem Reichskanzler Grafen Hertling nicht erspart geblieben. Als er sie nicht mehr meistern konnte, schied er aus dem Amte. Aber hoch soll es seiner politischen Weisheit und seinem vaterländischen Sinn angerechnet werden, daß er die neuen Wege, die er selbst nicht mehr gehen konnte, anriet und ebnete. (Bravo.) Seinen vornehmen Sinn, sein liebenswürdiges Wesen, seine abgeklärte Weisheit, sein hohes Pflichtgefühl wird der Reichstag und das deutsche Volk anerkennen und ihm selbst ein treues und dankbares Andenken bewahren. (Lebhafter Beifall.) Vor uns steht in mannigfacher Veränderung eine

neue Regierung,

an ihrer Spitze als Kanzler Seine Hoheit der Prinz Max von Baden. Sie werden es mir nicht verdenken, wenn ich, der Mann aus dem badischen Volke, auf dem Präsidentenstuhl dem Sproß des badischen Fürstenhauses auf dem Kanzlerposten besonders warme heimatliche Gefühle der Genugtuung und Freude ausdrücke. Im Lande Baden hat der Onkel unseres neuen Reichskanzlers das Wort gesprochen, daß er keinen Gegensatz kenne zwischen Fürsten und Volksrechten, und in einem anderen deutschen Staat ist der gleiche Gedanke in die Worte gefaßt worden, daß der Oberste im Staate sein erster Diener sein müsse. Von der neuen Regierung hoffen wir zuversichtlich, daß sie in immer engerer Fühlungnahme mit dem Volke und mit Bedacht auf das Wohl des Volkes, ihres hohen und schwierigen Amtes walten möge. (Bravo!)

Eine neue Zeit

ist im politischen Leben des deutschen Volkes angebrochen. Es ist selbstverständlich, daß manche Kreise im Hinblick auf die großen Taten der Vergangenheit dieser neuen Zeit, kritisch, zögernd, sogar ablehnend gegenüberstehen. Von dem Geiste dieser neuen Zeit erhoffen wir eine versöhnende und klärende Wirkung. (Bravo!) Ihre Geburtsstätte ist ihr heiligster Boden: auf den Schlachtfeldern und in den Schützengräben, in den heimischen Arbeitsstätten, wo jeder Deutsche ohne Unterschied alles Gut und Blut daransetzt für des Vaterlandes Wohl. (Lebhafter Beifall.) Meine Herren! Der Name des neuen Kanzlers hat einen guten Klang in der ganzen Welt. Seine freiheitliche Gesinnung, sein Vertrauen auf die Menschheit, die er auch während der vier fürchterlichen Kriegsjahre nicht verloren hat, sind solide Grundlagen für seine künftige Wirksamkeit. (Bravo.) Den Schwergeprüften dieser Kriegsjahre, den Verwundeten und Gefangenen, ist er in warmer Anteilnahme vielfach nahegetreten und hat sich dadurch nicht nur den Dank des deutschen Volkes, sondern auch den Dank bei den Feinden erworben. Das möge auch seinem auf den Frieden und die Versöhnung der Völker gerichteten Streben förderlich sein. Möge Gottes Huld auch auf der Arbeit der neuen Regierung und des Reichstages ruhen. (Lebhafter Beifall.)

Auf der Tagesordnung steht die

Entgegennahme von Mitteilungen des Reichskanzlers.

Reichskanzler Prinz Max von Baden:

Gemäß des Kaiserlichen Erlasses vom 30. September hat das Deutsche Reich eine grundlegende Umgestaltung seiner politischen Verhältnisse erfahren. Als Nachfolger des unserem Vaterlande aufs höchste verdienten Grafen von Hertling bin ich von Sr. M. dem Kaiser an die Spitze der neuen Regierung berufen worden. Es entspricht dem Wesen der nunmehr bei uns eingeführten Regierungsweise, daß ich dem Reichstage ohne Verzug vor der Oeffentlichkeit

die Grundsätze

darlege, nach denen ich mein verantwortungsschweres Amt zu führen gedenke. Diese Grundsätze sind, bevor ich mich zu der Uebernahme der Kanzlergeschäfte entschloß, im Einvernehmen mit den verbündeten Regierungen und mit den Führern der Mehrheitsparteien dieses hohen Hauses festgelegt worden. Sie erhalten mithin nicht nur mein eigenes politisches Glaubensbekenntnis, sondern auch das des weit überwiegenden Teiles der deutschen Volksvertretung,

also der deutschen Nation,

die den Reichstag auf Grund des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts nach ihrem Wunsche zusammengesetzt hat.

Nur die Tatsache, daß ich die Ueberzeugung und den Willen der Mehrheit des Volkes hinter mir weiß, hat mir die Kraft gegeben, in der schweren und ernsten Zeit, die wir miteinander erleben, die Leitung der Reichsgeschäfte auf mich zu nehmen. Die Schultern eines Einzelnen waren zu schwach, um allein die ungeheure Verantwortung tragen zu können, die der Regierung in der Gegenwart zufällt. Nur wenn das Volk an der Bestimmung seiner Geschicke in weitestem Umfange tätigen Anteil nimmt, die Verantwortlichkeit sich also mit auf die Mehrheit seiner frei erwählten politischen Führer erstreckt, kann der leitende Staatsmann seinen Platz an ihr im Dienste des Volkes und Vaterlandes mit Zuversicht übernehmen.

Der Entschluß, dies zu tun, ist mir besonders dadurch erleichtert worden, daß in der neuen Regierung auch maßgebende

Vertrauensmänner der Arbeiterschaft

zu den höchsten Aemtern im Reiche gelangt sind. Ich sehe darin die sichere Bürgschaft dafür, daß die neue Regierung von dem festen Vertrauen der breiten Masse des Volkes getragen ist, ohne dessen treue Gefolgschaft ihr ganzes Handeln von vornherein zum Mißlingen verurteilt wäre.

Was ich heute hier aussprechе, sage ich also nicht nur in meinem Namen und in dem meiner amtlichen Mitarbeiter, sondern auch

im Namen des deutschen Volkes.

Das Programm der Mehrheitsparteien, auf die ich mich stütze, enthält zunächst ein Bekenntnis zu der Antwort der früheren Reichsregierung auf die Note des Papstes vom 1. August 1917 und die bedingungslose Zustimmung zu der Entschließung des Reichstags vom 10. Juli. Er bekundete ferner die Bereitwilligkeit, sich an einen Bund der Völker auf Grund der Gleichberechtigung aller, also der Starken und und Schwachen, anzuschließen.

Die Lösung der viel umstrittenen belgischen Frage sieht es in der völligen Wiederherstellung Belgiens, insbesondere seiner Unabhängigkeit und seines Gebietsumfangs. Auch eine Verständigung über die Entschädigungsfrage soll angestrebt werden. Die bisher geschlossenen Friedensverträge will das Programm zu keinem Hindernis für den allgemeinen Friedensschluß werden lassen. Es strebt im Besonderen an, daß sich in den baltischen Ländern, in Litauen und Polen, alsbald auf breiter Grundlage Volksvertretungen bilden. Das Zustandekommen der dazu nötigen Voraussetzungen wollen wir ohne Verzug durch die Einführung von Zivilverwaltungen fördern. Ihre Verfassung und ihre Beziehungen zu den Nachbarvölkern sollen jene Gebiete selbständig regeln.

In der inneren Politik

habe ich durch die Methode, in der sich die Regierungsbildung vollzog, klare und feste Stellung genommen. Auf meinen Vorschlag sind die Führer der Mehrheitsparteien zu meinen unmittelbaren Ratgebern berufen worden.

Meine Herren! Ich war der Ueberzeugung, daß die Einheitlichkeit der Reichsleitung nicht nur gewahrleistet werden sollte durch die bloße schematische Parteiangehörigkeit der einzelnen Regierungsmitglieder, sondern ich hielt für fast noch wichtiger die Einheitlichkeit der Gesinnung. Von diesem Gesichtspunkt bin ich ausgegangen auch bei der Wahl meiner Mitarbeiter, die nicht dem Parlament angehören. Ich habe das größte Gewicht darauf gelegt, daß die Mitglieder der neuen Reichsleitung auf dem Standpunkt des Rechtsfriedens stehen, unabhängig von der Kriegslage, daß sie sich zu diesem Standpunkt auch öffentlich bekannt haben in einem Zeitpunkt, da wir auf dem Höhepunkt unserer militärischen Erfolge standen.

Meine Herren! Ich bin überzeugt, daß die Art, in der jetzt die Reichsleitung unter Mitwirkung des Reichstages gebildet worden ist,

nicht etwas Vorübergehendes

darstellt, und daß im Frieden eine Regierung nicht wieder gebildet werden kann, die sich nicht stützt auf den Reichstag und die nicht aus ihm die führenden Männer entnimmt. Der Krieg hat uns über das alte, vielfach zerrissene Parteileben hinausgeführt, das es so sehr erschwerte, einen einheitlichen, entschlossenen politischen Willen zur Durchführung zu bringen. Mehrheitsbildung heißt politische Willensbildung und ein unbefriedigendes Ergebnis des Friedens ist es, daß in Deutschland zum ersten Mal große Parteien sich zu einem festen, einheitlichen Programm zusammengeschlossen haben und damit in die Lage gekommen sind, das Schicksal des Volkes von sich aus mitzubestimmen. Dieser Gedanke wird niemals erlöschen, diese Entwickelung niemals rückgängig gemacht werden. (Beifall.) Dabei vertraue ich, daß, so lange Deutschlands Geschick von Gefahren umbrandet ist, auch die außerhalb der Mehrheit stehenden Volkskreise und ihre Vertreter, die nicht der Reichsleitung angehören, alles Trennende zurückstellen und dem Vaterlande geben, was ihm heute gebührt. (Beifall.) Diese Entwickelung macht eine Aenderung unserer verfassungsrechtlichen Vorschriften im Sinne des kaiserlichen Erlasses vom 30. Sept. erforderlich, die es ermöglicht, daß diejenigen Mitglieder des Reichstages, die in die Reichsleitung eintreten, ihren Sitz im Reichstage behalten. Eine entsprechende Vorlage ist dem Bundesrat zugegangen und wird Ihrer Beschlußfassung unverzüglich unterbreitet werden.

Meine Herren! Bleiben wir eingedenk der Worte, die der Kaiser am 4. August 1914 gesprochen und die ich im Dezember vorigen Jahres in Karlsruhe in die Worte fassen durfte: Wohl gibt es Parteien, aber es sind alles deutsche! (Beifall.) Unter dem Zeichen dieses Kaiserwortes muß sich auch die politische Entwickelung in dem führenden Bundesstaate, Preußen, vollziehen und die Botschaften des Königs von Preußen, die

das demokratische Wahlrecht

versprechen, schnell und restlos erfüllt werden. Die preußische Wahlrechtsfrage ist bei der überragenden Stellung Preußens eine deutsche Frage (Zustimmung), und ich zweifle nicht, daß auch die Bundesstaaten, die in der Entwicklung ihrer verfassungsmäßigen Zustände noch zurückstehen, dem preußischen Beispiel entschlossen folgen werden. (Beifall.) Dabei halte auch ich unerschütterlich fest an den föderativen Grundlagen des Reiches als eines Bundesstaates, dessen einzelne Glieder ihr inneres Verfassungsleben in voller Selbständigkeit bestimmen, ein Recht, auf das auch Elsaß-Lothringen vollen Anspruch hat. (Beifall.) Die Selbständigkeit und Vielfältigkeit des Lebens in den einzelnen Bundesstaaten, das enge, treue Verhältnis, das jeden Deutschen mit seiner Heimat und seinem Landesherrn verbindet, sind die Quellen, aus denen die unerschöpfliche Kraft, die vaterländische Opferfreudigkeit des deutschen Volkes während des ganzen Krieges geflossen sind. Durch die ganze Kriegszeit haben sich die klagen hindurchgezogen über die

Handhabung des Belagerungszustandes;

sie haben trennend und verbitternd gewirkt und die freudige Mitarbeit an den schweren Aufgaben der Kriegszeit gehemmt. (Sehr richtig!) Bis auf weiteres können, wie das Beispiel aller kriegführenden Staaten lehrt, die außerordentlichen Machtbefugnisse nicht entbehrt werden, die der Belagerungszustand rechtfertigt. Aber es muß ein enges Verhältnis zwischen den militärischen und Zivilbehörden hergestellt werden, das er ermöglicht, daß in allen nicht rein militärischen Angelegenheiten, also besonders auf dem Gebiete der Zensur, des Vereins- und Versammlungswesens, die Gesichtspunkte der zivilen Verwaltungsbehörden maßgebend zur Geltung kommen, und daß die Entscheidung letzten Endes unter die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers gestellt wird. (Beifall.) Zu diesem Zweck wird ein Befehl des Kaisers an die militärischen Befehlshaber ergehen und die kaiserliche Verordnung vom 4. Dezember 1916 unverzüglich entsprechend ausgebaut werden.

Mit dem 30. September 1918, dem Tage des Erlasses, beginnt eine

neue Epoche in Deutschlands innerer Geschichte.

(Beifall.) Die innere Politik, die damit in ihren Grundzügen vorgezeichnet ist, ist von entscheidender Bedeutung für die Frage über Krieg und Frieden. Die Stoßkraft, die die Regierung in ihren Entschlüssen um den Frieden hat, hängt davon ab, daß hinter ihr ein einheitlicher und fester unerschütterlicher Wille steht. Nur wenn die Feinde fühlen, das deutsche Volk steht geschlossen hinter seinen verantwortlichen Staatsmännern, nur dann können Worte zu Taten werden. (Beifall.) Die deutsche Regierung wird bei den Friedensverhandlungen dahin wirken, daß in die Verträge Vorschriften über Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung aufgenommen werden (Beifall), welche die vertragschließenden Regierungen verpflichten, in ihren Ländern binnen einer angemessenen Frist ein Mindestmaß gleichartiger oder doch gleichwertiger Einrichtungen von Leben und Gesundheit sowie zur Versorgung der Arbeiter bei Krankheiten, Unfall und Invalidität zu treffen. Ich rechne bei der Vorbereitung auf den sachkundigen Rat der Arbeiterverbände, sowohl wie der Unternehmer.

Solange noch deutsche Volksgenossen in Gefangenschaft sind, werde ich mich um die warme Fürsorge für ihr Wohl mit allen Kräften bemühen. (Beifall.) Auch der in unserer Gefangenschaft lebenden Feinde werde ich mich in gerechter Weise fürsorgend annehmen.

Meine Herren! Ich bin überzeugt, daß dieses Programm, von dem ich nur die Grundsätze dargelegt habe, den Vorzug mit allen fremden Regierungsgrundsätzen aushält.

Noch mehr auf Einzelheiten einzugehen, scheint mir heute nicht angebracht. (Bewegung.) Die Beratungen, die wir vor dem Zustandekommen der neuen Regierung gepflogen haben, sind zwar selbstverständlich viel mehr in die Tiefe gegangen, als ich in meiner knappen Zusammenfassung des Wichtigsten heute hier wieder zu geben vermag. Ich glaube aber andererseits auch, daß dem hohen Hause jetzt gar nichts daran gelegen ist, meine Auffassung über Nebendinge kennen zu lernen. Das Entscheidende ist, wenn ich es als richtig erfaßt, meine Auskunft über den allgemeinen Geist der neuen Regierung. Denn jeder, der diese Richtung versteht, kann ohne weiteres daraus folgern, wie die Reichsleitung sich zu den schwebenden Einzelfragen stellt. Ich bin ja auch selbstverständlich gern bereit, dem Reichstage darüber bei späteren Gelegenheiten noch genaueren Aufschluß zu geben.

Von unmittelbarer Wichtigkeit sind jetzt

die Folgerungen,

die die neue Reichsleitung in der kurzen Zeitspanne ihres bisherigen Daseins praktisch aus der Lage, die sie vorfand, und aus der Nutzanwendung ihrer politischen Aenderung auf diese Lage gezogen hat.

Mehr als vier Jahre des blutigsten Ringens gegen eine Welt von zahlenmäßig überlegenen Feinden liegen hinter uns, voll schwerster Kämpfe und schwerster Opfer. Ein jeder von uns trägt seine Narben, der Einzelne sogar noch offene Wunden, der Eine im verborgenen Grunde der Seele oder an seinem opferbereit für die deutsche Freiheit auf dem Schlachtfelde preisgegebenen Körper. Trotzdem aber sind wir starken Herzens und voll von unerschütterlichem Glauben an unsere Kraft, entschlossen für unsere Ehre und Freiheit und für das Glück unserer Nachkommen auch noch schwerere Opfer zu bringen, wenn das unabänderlich ist. (Lebhafter Beifall.) Mit tiefer, heißer Dankbarkeit gedenken wir unserer tapferen Truppen, die unter ofenzender Führung während des Krieges fast Uebermenschliches geleistet haben und deren bisherige Taten sicher verbürgen, daß unser aller Schicksal auch ferner in guten zuverlässigen Händen bei ihnen liegt.

Im Westen

steht seit Monaten eine ernste, furchtbare, menschenmordende Schlacht. Dank dem unvergleichlichen Heldentum unserer Armee, das als unvergängliches Ruhmesblatt in der Geschichte des deutschen Volkes fortleben wird für alle Deutschen in die Front eingebrochen. Dieses stolze Bewußtsein läßt uns mit Zuversicht in die Zukunft sehen.

Gerade weil wir von dieser Gesinnung und Ueberzeugung beseelt sind, ist es aber auch unsere Pflicht, Gewißheit darüber herbeizuführen, daß das opfervolle, blutige Ringen nicht einen einzigen Tag bis über den Zeitpunkt hinaus geführt wird, wo uns ein Abschluß des Krieges möglich erscheint, der unsere Ehre nicht berührt. Ich habe deshalb auch nicht erst bis zum heutigen Tage gewartet, ehe ich handelnd zur Förderung des Friedensgedankens eingriff. Gestützt auf das Einverständnis aller dazu berufenen Stellen im Reiche und auf die Zustimmung der gemeinsam mit uns handelnden Bundesgenossen habe ich in der Nacht zum 5. Oktober durch Vermittlung der Schweiz an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika

eine Note

gerichtet, in der ich ihn bitte, die Herbeiführung des Friedens in die Hand zu nehmen und hierzu mit allen kriegführenden Staaten in Verbindung zu treten. Die Note trifft schon heute oder morgen in Washington ein.

Sie richtet sich an den Präsidenten der Vereinigten Staaten, weil dieser in seiner Kongreßbotschaft vom 8. Januar 1918 und in seinen späteren Kundgebungen, besonders auch in seiner Neuyorker Rede vom 27. Sept. ein Programm für den allgemeinen Frieden aufgestellt hat, das wir als Grundlage für die Verhandlungen annehmen können. Ich habe diesen Schritt bei unseren Feinden zu der Erklärung nicht nur Deutschlands und seiner Verbündeten, sondern der gesamten, seit Jahren unter dem Krieg leidenden Menschheit auch deshalb getan, weil ich glaube, daß die auf das Glück der Völker gerichteten Gedanken, die Herr Wilson kundgibt, sich völlig mit den allgemeinen Vorstellungen im Einklang befinden, in

Schwere Angriffe der Amerikaner.

WTB Großes Hauptquartier, 5. Oktober 1918. Amtlich.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern wurden erneut Angriffe des Feindes gegen Hooglede und Roeselaere abgewiesen. Gegen unsere neue Linie östlich von Armentieres ist der Feind über Bois Grenir-Fournes-Ninates und über die Bahn dicht östlich von Lens gefolgt. Vor Cambrai zeitweilig aufflebende Artillerietätigkeit.

Heeresgruppe Boehn.

Der Engländer setzte beiderseits von Le Catelet seine starken Angriffe fort. Er nahm Le Catelet. Die Höhen nördlich und östlich der Stadt wurden gehalten. Der in Beaurevoir eindringende Feind wurde im Gegenstoß geworfen. Nördlich von St. Quentin griffen die Franzosen zwischen Sequehart und Morcourt an. In Lesdins und Morcourt faßten sie Fuß. Lesdins nahmen wir wieder. An der übrigen Front und südlich von St. Quentin scheiterten die feindlichen Angriffe vor unseren Linien.

Heeresgruppen Deutscher Kronprinz und Gallwitz.

Franzosen und Italiener griffen erneut in Teilvorstößen und einheitlich geführten Angriffen unsere Stellungen auf dem Rücken und an den Hängen des Chemin des Dames, zwischen Ailette und Aisne an. Schleswig-holsteinische und württembergische Regimenter brachten die Angriffe zum Scheitern. An der Aisne- und Kanalfront sehr rege Erkundungstätigkeit. Oestlich von Reims haben wir in der vorletzten Nacht unsere vorderen Stellungen zwischen Prunay und St. Marie à Py vom Feinde unbemerkt geräumt und rückwärtige Linien bezogen. Der Feind ist gestern über Prunay-Dontrien und St. Souplet gefolgt.

Auf dem Schlachtfelde in der Champagne nahmen wir im Gegenangriff die noch im Besitz des Feindes verbliebenen Teile des Höhenzuges nordwestlich von Somme-Py. Nach starker Feuervorbereitung griff der Feind beiderseits der von Somme-Py nach Norden führenden Straße in breiter Front an. Unter schweren Verlusten für den Feind sind seine Angriffe gescheitert. Brandenburger, Schleswig-Holsteiner, Garde-Füsiliere, pommersche, badische und rheinische Regimenter zeichneten sich bei der Abwehr des Feindes besonders aus.

Beiderseits der Aisne Artilleriekampf ohne Infanterietätigkeit. Zwischen Argonnen und Maas hat der Amerikaner gestern erfolglos angegriffen. In den Argonnen und am Ostrand des Waldes schlug württembergische Landwehr seine mehrfachen Anstürme ab. Oestlich der Aire stieß er bis an die Höhe von Exermont vor. Der Ort selbst, der vorübergehend verloren war, wurde wieder genommen. Beiderseits von Gesnes wiesen badische, elsaß-lothringische und westfälische Regimenter jeden Ansturm vor ihren Linien ab. Besonders schwer waren die amerikanischen Angriffe, die sich beiderseits der Straße Montfaucon-Vauthenille gegen das Waldgelände südlich von Cunel richteten. Wo der Feind vorübergehend in deutsche Stellungen eindrang, warf ihn sofortiger Gegenstoß zurück. Das Infanterieregiment 458 zeichnete sich hierbei besonders aus. Auch auf dem äußersten linken Flügel des Angriffsfeldes haben bayerische Reserveregimenter ihre Stellungen voll behauptet. Der Kräfteeinsatz des Amerikaners bei seinen gestrigen Angriffen an Panzerwagen, Infanterien und Artillerie war außerordentlich stark. Seine blutigen Verluste waren außergewöhnlich hoch.

Bei Abwehr feindlicher Panzerwagen zeichneten sich besonders aus: in Flandern Leutnant Becker vom Feldartillerie-Regiment 15, die 3. Batterie vom sächsischen Fußartillerie-Regiment 19 unter Leutnant Postreneck, Vizefeldwebel Witt der 2. Batterie vom Fußartillerie-Bataillon 127, Oberleutnant v. Glas und Leutnant Cueker der 9. Batterie bayerischen Feldartillerie-Regiments Nr. 8, in der Champagne und an der Maas: Leutnant Niklasien und Sieblen vom 4. Garde-Feldartillerie-Regiment, Leutnant Schäfer vom Feldartillerie-Regiment Nr. 104, Unteroffizier Radowski von der Minenwerfer-Kompagnie 173, Leutnant Grothe vom Feldartillerie-Regiment 229.

Wir schossen in den beiden letzten Tagen 65 feindliche Flugzeuge ab. Leutnant Baumer errang seinen 40. und 41. Luftsieg.

Abendbericht.

WTB Berlin, 5. Okt., abends. (Amtlich.)

Nördlich von St. Quentin und in der Champagne wurden heftige feindliche Angriffe abgewiesen. Ebenso ist zwischen den Argonnen und der Maas der mit starken Kräften fortgesetzte Ansturm der Amerikaner gescheitert.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

U-Boot-Arbeit um England.

WTB Berlin, 4. Okt. Amtlich. Im Sperrgebiet um England versenkten unsere U-Boote 23 000 Br.-Reg.-To., darunter zwei Tankdampfer.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

*

Am 27. September wurde die Versenkung von drei Tankdampfern von zusammen 18 000 Br.-To. bekannt gegeben. Die jetzte gemeldeten Dampfer dürften ebenfalls die heute übliche Durchschnittsgröße von 6000 Br.-To. haben. Ein solcher Dampfer vermag 9—10 000 Tonnen Brennstoff für Motore zu fassen. Die fünf versenkten Dampfer konnten also eine Brennstoffmenge befördern, mit der in mittel etwa 200 Millionen Pferdekraftstunden erzeugt werden können. Bei der ausgedehnten Verwendung, die die Motore für flüssigen Brennstoff bei zahlreichen Flugzeugen, Kraftwagen und vor allem bei Tanks unserer Feinde finden, kann man sich die Wirkung des Ausfalls durch die Versenkung schon dieser fünf Dampfer leicht vorstellen.

denen auch die deutsche Regierung mit ihr die weit überwiegende Mehrheit unseres Volkes sich bewegt. Was mich selbst betrifft, so können meine früheren, vor einem anderen Hörerkreise gehaltenen Reden bezeugen, daß sich in der Vorstellung, die ich von einem künftigen Frieden hege, keinerlei Wandlung in mir vollzogen hat, leitend ich mit der Führung der Reichsgeschäfte beauftragt worden bin.

Was ich will.

ist ein ehrlicher, dauernder Friede für die gesamte Menschheit, und ich glaube daran, daß ein solcher Friede zugleich auch der sicherste Schutzwall für die künftige Wohlfahrt unseres eigenen Vaterlandes sein wird. Zwischen den nationalen und den internationalen Pflichtengebieten sehe ich deswegen mit Bezug auf den Frieden keinerlei Unterschied. Das Entscheidende liegt für mich ausschließlich darin, daß diese Gebiete von allen Beteiligten mit derselben Ehrlichkeit als bindend anerkannt und beachtet werden, wie das von mir und den anderen Mitgliedern unserer neuen Regierung gilt.

So lebe ich denn mit der inneren Ruhe, die mir mein gutes Gewissen als Mensch und als Diener unseres Volkes verleiht, und die sich zugleich auf das feste Vertrauen zu diesem großen, treuen, jeder Hingebung fähigen Volk und seiner ruhmvollen Wehrmacht begründet, dem Ergebnis der ersten Handlung entgegen, die ich als leitender Staatsmann des Reiches unternommen habe.

Wie dieses Ergebnis auch ausfallen möge:

Ich weiß, daß es Deutschland frei entschlossen und einig finden wird, sowohl zu einem redlichen Frieden, der jede eigensüchtige Verletzung fremder Rechte von sich weist, als auch zu dem Endkampf auf Leben und Tod, zu dem unser Volk ohne eigenes Verschulden gezwungen wäre, wenn die Antwort der mit uns im Kriege stehenden Mächte auf unser Angebot von dem Willen, uns zu vernichten, diktiert werden sollte.

Kein Zagen bewegt sich bei dem Gedanken, daß dieses zweite Ergebnis eintreten könnte, denn ich kenn die Größe der gewaltigen Kraft, die auch jetzt noch in unserem Volke vorhanden ist, und ich weiß, daß die unwiderstehliche Ueberzeugung nur gar nichts weiter als um unser Leben als Nation zu kämpfen, diese Kräfte verdoppeln würde. (Beifall.)

Ich hoffe aber um der gesamten Menschheit willen, daß der Präsident der Vereinigten Staaten unser Angebot so annimmt, wie wir es meinen. Dann wäre die Tür zu einem baldigen ehrenvollen Frieden des Rechts und der Versöhnung sowohl für uns wie für unsere Gegner geöffnet. (Lebhafter Beifall des ganzen Hauses. Zwischenrufe bei den Unabh. Soz.)

Präsident Fehrenbach:

Die hochbedeutsamen Ausführungen, die wir von dem Herrn Reichskanzler soeben vernommen haben, werden Gegenstand eingehender Erörterung in den nächsten Sitzungen sein. Aber

über das Friedensangebot an den Präsidenten Wilson

gestatte ich mir ein kurzes Wort: Friede! Welch tröstendes, hoffnungsreiches Wort! Es würde die Erlösung der Menschheit von einer Qual von Jahren bedeuten. Frauen und Kinder würden diesen Frieden, wenn auch unter Tränen, begrüßen und unsere Soldaten werden es begrüßen, wenn sie in harten Kämpfe einem wirklichen Frieden der Verständigung den Weg geebnet haben, der allein die Garantie der Dauer in sich trägt. Aber ebenso wie jeder einzelne Soldat an der Front, so ist auch jeder Deutsche bereit, für das Vaterland, wenn es gefordert werden sollte, jedes Opfer zu bringen. (Beifall.) Möchten indes solche Opfer uns erspart bleiben, denn das deutsche Volk wünscht den Frieden, nicht den Krieg. Ebenso wie alle anderen Völker sehnt es den Frieden herbei, der diesem furchtbaren Blutvergießen ein Ende bereitet. Deshalb begrüßen wir den mitgeteilten Schritt der Regierung, der uns eine, wenn auch nur unbestimmte Aussicht auf den Frieden eröffnet, und im Namen des deutschen Volkes und des Reichstages, dessen große Mehrheit mit diesem bedeutungsvollen Schritt einverstanden ist, erkläre ich, daß wir das Friedensangebot billigen und uns zu eigen machen. (Lebhafte Zustimmung.) Ich glaube, annehmen zu dürfen, daß die Fraktionen nunmehr das Bedürfnis haben, sich zu einem Meinungsaustausch über die Rede des Kanzlers selbst zu beraten. Ich schlage Ihnen deshalb vor, sich zu vertagen und den Präsidenten zu ermächtigen, die nächste Sitzung alsbald einzuberufen, nachdem diese Beratungen beendet sein werden.

Abg. Haase (U.-Soz.):

Namens meiner Fraktion widerspreche ich dem Vorschlage des Präsidenten und beantrage die Diskussion über die Rede des Reichskanzlers zu eröffnen und dafür eine Sitzung auf Montag einzuberufen.

Abg. Seyda (Pole):

Wir widersprechen ebenfalls der Vertagung und beantragen, sofort die Diskussion über die Rede des Reichskanzlers zu eröffnen. Allseitig wird das Bedürfnis nach einem dauernden Frieden empfunden. Der Reichstag muß seine Aufgabe darin sehen, unverzüglich seine Bedingungen für einen dauernden Frieden klar zu legen.

Abg. Ebert (Soz.):

Aufgabe des Reichstags ist, alles zu tun, was die Förderung des Friedens erfordert. (Allgemeine Zustimmung.) Wir haben durch den Präsidenten zum Ausdruck bringen lassen, daß wir dem Friedensschritt der neuen Regierung unsere Zustimmung geben. Die Aufmerksamkeit der ganzen Welt wird darauf gerichtet sein, welches Ergebnis dieser Schritt haben wird und wir dürfen nichts tun, was geeignet ist, diesen Schritt zu gefährden. Der Präsident will nur für einige Tage die Plenarverhandlungen aussetzen, um zu sehen, welche Wirkung der Friedensschritt auslösen wird. Und ich bin fest überzeugt, draußen im Volk wird jeder Einzelne verstehen, daß es gerade im Interesse des Volkes gelegen ist, so zu verfahren. (Stürmische Zustimmung.)

Der Vorschlag des Präsidenten wird gegen die Polen und Unabhängigen Sozialdemokraten angenommen.

Schluß 6 Uhr.

Zur Reichskanzler-Rede.

Wohl selten hat das deutsche Volk — und vielleicht auch das Ausland — einer Reichskanzlerrede mit solcher Spannung und Erwartung entgegengeharrt, wie diesmal bei der Programmrede des neuen Reichskanzlers, Prinzen Max von Baden. Denn mit der Uebernahme der Leitung der Reichspolitik durch ihn an der Spitze einer aus der Volksvertretung genommenen, also demokratischen Regierung, ist ein grundlegender Wendepunkt in der deutschen Politik und im deutschen Staatsleben eingetreten, der ihnen ganz neue Bahn eröffnet und das Schicksal des Reiches in die Hände des Volkes legt. Daher sagt auch der neue Kanzler gleich eingangs seiner weltgeschichtlichen Rede, daß er nicht nur in seinem und seiner Mitarbeiter Namen, sondern im Namen des deutschen Volkes spreche. Das sind Worte und Bekundungen, wie wir sie noch nie aus dem Munde eines Kanzlers gehört haben, seitdem das deutsche Reich neu erstanden ist, sie sind gleichsam die goldenen leuchtende Inschrift, welche über das Tor des demokratischen Zeitalters in Deutschland geschrieben sind, das durch sie und die erste Rede des vom Vertrauen des Kaisers und vom Vertrauen des Volkes gleichermaßen berufenen neuen Kanzlers eingeleitet wird. Wie sehr sich Prinz Max als solcher fühlt und wie er als solcher denkt, legt er in seinen Einleitungsworten dar, indem er sich auf die Grundsätze des neuen Regierungssystems beruft, die es ihm auferlegen, sein Programm zu entwickeln, auch etwas, dessen die früheren Kanzler nicht bedurften. Und als ein Regierungsprogramm bezeichnet er das mit der Mehrheit des Reichstags vereinbarte Programm, wobei er mit Recht scharf betont, daß darin gewissermaßen das Programm des Volkes zu erkennen sei und daß der leitende Staatsmann nur dann mit Zuversicht an sein Amt herantreten könne, wenn das Volk an der Bestimmung seiner Geschicke in weitestem Umfange tätigen Anteil nehme. So hat Prinz Max mit programmatischen Worten, die auch seiner innersten eigenen Ueberzeugung entsprechen, die Grundlage für die neue staatspolitische Aera Deutschlands gelegt und mit ihnen ein rückhaltloses Bekenntnis zur deutschen Demokratie gegeben. Besonders erfreulich wirkt es, daß der Prinz sich der Mitwirkung der Vertrauensmänner der Arbeiterschaft in der Regierung freut, wenn er eine Gewähr für das Vertrauen der breiten Massen des Volkes sieht, gleichzeitig aber auch von höchster Stelle aus die politische und gesellschaftliche Gleichberechtigung der Arbeiterschaft proklamiert.

Wenn wir soeben davon sprachen, daß nunmehr die Grundlagen für ein demokratisches Deutschland gelegt seien, dann hat der neue Kanzler das in seinen klaren Darlegungen über den neuen Kurs und seine ersten Aufgaben vollauf bestätigt. Er stellte als seine Ueberzeugung auf, daß die neue Staatsart, die sich auf die Mitwirkung der Volksvertretung aufbaut, eine Errungenschaft des Krieges sei und als solche auch nach dem Kriege beibehalten werden müsse. Wenn es auch nötig ist, sich auf den Wehrhaftigkeitswillen zu stützen, so darf man doch, da es sich um das Vaterland und das ganze Volk handelt, erwarten, daß auch die Minderheit, die anders denkt, an der gemeinsamen, großen Aufgabe mitwirkt. Daran dürfte kein Zweifel sein, und darum darf auch die neue Regierung hoffen, daß ihr von den Konservativen keine Schwierigkeiten gemacht werden. Prinz Max hat ihnen das Kaiserwort vom 4. August 1914 in Erinnerung gebracht und an sein eigenes erinnert, daß alle Parteien doch deutsch seien. Aus diesem Gedanken heraus ist auch die preußische Wahlreform geboren, die der Kanzler als eine deutsche bezeichnet insofern, als sie nachahmend wirkend werde auf die anderen Bundesstaaten. Braunschweig ist bekanntlich schon gefolgt. Nichts soll an dem bundesstaatlichen Charakter des Reiches geändert werden, er soll nach wie vor fest verankert bleiben. Was der Kanzler über die inneren Reformen und allgemeinen Grundideen zum Frieden sagte, wenn er auch nicht erschöpfend bis in die Tiefe all dieser Fragen hinunterstieg, läßt er erkennen, daß die Forderungen der Stunde, die schon seit langem und nicht nur von der Mehrheit des Reichstages vertreten werden, in ihm einen überzeugten Vertreter und Verfechter finden, und daß er gewillt ist mit fester Hand an die Durchführung zu gehen. Besonders angenehm berührt seine Fürsorge für die Kriegsgefangenen und sein soziales Verständnis, womit er für internationale Regelung der Arbeiterfragen bei dem allgemeinen Friedensschluß eintritt.

Mit noch größerer Spannung aber hat man nach den schon vorher durch die Presse bekannt gemachten geheimnisvollen Andeutungen des neuen Kanzlers Stellung zum Frieden erwartet. Und da bringen er und seine Regierung uns und der Welt eine große Ueberraschung. Er bietet den Kriegführenden einen demokratischen Frieden nach den Grundsätzen der bekannten Wilsonschen Programmpunkte, er bietet ihn nicht uns, sondern er bittet Wilson durch eine Note, auf dieser Grundlage die Herbeiführung des Friedens in die Hand zu nehmen. Der neuen Regierung Hauptaufgabe ist es ja, den Frieden zu bringen, ihr galt daher die erste Amtshandlung des neuen Kanzlers. Sein Schritt ist im Einvernehmen mit dem Kaiser, mit der Obersten Heeresleitung, mit den Verbündeten und mit der Mehrheit der deutschen Volksvertretung geschehen, und wir fügen hinzu, daß hinter ihm die erdrückende Mehrheit des deutschen Volkes steht. Niemand von uns wird die Tragweite dieser Friedensbereitschaft verkennen. Sie entspringt nicht etwa der Schwäche oder des Zweifels an unserer militärischen Lage; denn der Kanzler stellt ausdrücklich fest, daß unsere Front undurchbrechbar ist, sondern bekundet erneut die Ehrlichkeit unseres Friedenswillens, womit wir die Welt von den entsetzlichen Opfern dieses Krieges befreien möchten, damit sie nicht ganz zugrunde gehe. Was wir wollen, ist ein ehrlicher, dauernder Friede für die gesamte Menschheit, für alle Völker, kein Frieden der Gewalt, sondern ein Frieden der Verständigung. Wenn es Wilson ernst ist mit seinem Programm, dessen verschiedenen Punkten, wenn auch mit gewissen Einschränkungen und Vorbehalt die Mittelmächte schon wiederholt zugestimmt haben, die jetzt aber vorbehaltlos als geeignete Grundlage für den Völkerfrieden von ihnen anerkannt werden, wenn die Ententemächte jetzt wollen, dann können sie und wir jetzt den Frieden haben. Auch was der Kanzler hinsichtlich Belgiens, der Balkanstaaten und Elsaß-Lothringens sagte, zeigt, daß wir zu weitgehendem Entgegenkommen bereit sind, daß es an uns nicht liegt, wenn der Frieden nicht zustande kommt. Es wird gewiß kein leichter Friede sein, aber er würde unsere Ehre unangetastet lassen. Schwer wird uns insbesondere die Forderung des Selbstbestimmungsrechtes auch in unserem Vaterlande sein, aber wenn alle Welt es fordert und es als gerecht erkannt, dann dürfen und wollen wir bekennen, daß es uns Ernst ist mit den demokratischen Grundsätzen, daß wir das neue Gebäude, das wir bei uns aufbauen, auch allen Nationalitäten gönnen. Damit gehen wir insbesondere den Engländern mit bestem Beispiel voran.

Jetzt liegt es bei Wilson und seinen Bundesgenossen, zu zeigen, ob es auch ihnen ernst ist mit dem demokratischen Frieden, den sie so oft verkündet haben. An der Ehrlichkeit des neuen Kanzlers, dessen Regierung eine parlamentarische ist, getragen von dem Willen des Volkes, dem Volke verantwortlich, das selbst mit an der Verantwortung trägt, werden sie nicht zweifeln. Denn schon hat Gerard, der frühere amerikanische Botschafter in Berlin, nach dem Vaz Diasschen Bureau die Ansicht selbst geäußert, der neue Reichskanzler dürfte beabsichtigen, ein ehrliches Friedensangebot zu machen. Die Ernennung des Prinzen bedeute die Preisgabe der alldeutschen Politik. Gerard will stets der Meinung gewesen sein, wenn Deutschland Frieden schließen wolle, würde der Prinz oder Dr. Solf zum Reichskanzler ernannt. Gerards Meinung über deutsche Dinge ist zwar, wie namentlich sein über Deutschland geschriebenes Buch zeigt, nicht als die eines Politikers maßgebend, es verdient aber doch verzeichnet zu werden, daß eine mäßigere Aeußerung von der amerikanischen Zensur durchgelassen wurde. Was Wilson tun wird, muß abgewartet werden. Man sollte meinen, er müsse zugreifen, andernfalls wird er seine eigenen Programmsätze verleugnen. In Deutschland wird man den Schritt der neuen Regierung mit den besten Wünschen begleiten. Wenn die Feinde auch diesmal nichts vom Frieden wissen wollen, wenn sie nach wie vor vom Vernichtungswillen gegen uns beseelt bleiben, dann fällt auf sie die Verantwortung, dann werden sie aber das deutsche Volk mit einer Stahlhärte gewappnet finden, an der ihr Vernichtungswille zerschellen wird. Denn noch ist unsere Kraft ungebrochen. Mit einer großen, weltgeschichtlichen und vielleicht weltenwendenden Tat hat die neue deutsche Regierung ihre Amtstätigkeit begonnen, möge Gott das Gelingen geben und bei den Feinden die Stimme der Vernunft und der Menschlichkeit Gehör finden!

Die innerpolitische Lage.

Die Kabinettsbildung. — Neuordnung in Elsaß-Lothringen.

hb **Berlin**, 5. Okt. (Privattelegr.) Ueber die Einzelheiten der Kabinettsbildung und die damit zusammenhängenden Fragen werden jetzt noch verschiedene Mitteilungen bekannt. So ist es von Interesse, wenn die „Liberale Korrespondenz" erklärt, daß der neue Reichskanzler Prinz Max von Baden nicht von den Mehrheitsparteien in Vorschlag gebracht, sondern daß seine Kandidatur vom Chef des Zivilkabinetts, Herrn von Berg, auf das eifrigste gefördert worden sei. Die Frage, wer Präsident des Preußischen Staatsministeriums werden soll, ist noch nicht endgültig entschieden. Die großen Umwandlungen in der Reichsregierung dürften, wie die „Voss. Ztg." hört, auch die Verhältnisse in Elsaß-Lothringen nicht unberührt lassen. Die Stellung des Statthalters von Dallwitz gilt als schwer erschüttert und man erwartet seinen baldigen Rücktritt. Er soll bekanntlich durch den Oberlandesgerichtspräsidenten von Köln, Frenken, ersetzt werden, der früher Staatssekretär in Elsaß-Lothringen war und aus den Kreisen des elsässischen Landtages als besonders erwünscht bezeichnet wird. Ferner wird geplant, elsässische Landtagsabgeordnete als Unterstaatssekretäre in die Landesregierung aufzunehmen.

Entgegen Konstanzer Gerüchten bereitet die Frage, ob die neuen sozialdemokratischen Staatssekretäre den Titel Exzellenz führen werden, Sie selbst wünschen es nicht und haben gebeten, davon abzusehen. Es wurde ihnen aber erwidert, daß man zwischen ihnen und den bürgerlichen Staatssekretären keinen Unterschied machen könne und daß schon mit Rücksicht auf die letzteren allen Staatssekretären der Exzellenz-Titel gegeben werden soll. Es ist natürlich Sache der sozialdemokratischen Staatssekretäre, von dieser Rangerhöhung praktischen Gebrauch zu machen oder nicht. Es handelt sich vielmehr lediglich darum, daß auch sie im dienstlichen Verkehr mit den anderen Amtsstellen die bisher gebräuchlichen Bezeichnungen erhalten sollen.

Das Programm der Mehrheitsparteien.

* **Berlin**, 5. Okt. Das Programm der Mehrheitsparteien hat folgenden Wortlaut:

1. Festhalten an der Antwort der Reichsregierung auf die Papstnote vom 1. August 1917 und uneingeschränktes Bekenntnis zu der Entschließung des Reichstages vom 19. Juli 1917.

2. Erklärung der Bereitschaft, einem Völkerbund gemäß den folgenden Grundsätzen beitreten zu wollen. Der Völkerbund umfaßt alle Staaten und beruht auf dem Gedanken der Gleichberechtigung aller Völker. Sein Zweck ist die Sicherung eines dauernden Friedens, eines unabhängigen Daseins und freier wirtschaftlicher Entfaltung der Völker. Der Völkerbund schützt mit seinen gesamten Machtmitteln die ihm beitretenden Staaten unter Anerkennung ihres Besitzstandes in den ihnen vom Bunde gewährleisteten Rechten und schließt alle seinem Zwecke widersprechenden Sonderverträge aus. Grundlagen des Völkerbundes sind: Umfassende Ausgestaltung des Völkerrechts; gegenseitige Verpflichtung der Staaten, jeden Streitfall, der nicht durch diplomatische Mittel lösbar ist, friedlicher Behandlung zu übergeben; Durchführung des Grundsatzes der Freiheit der Meere; Verständigung über allseitige und gleichzeitige Abrüstung zu Lande und zu Wasser; Verbürgung der offenen Tür für den wirtschaftlichen und privatrechtlichen Völkerverkehr; internationaler Ausbau der Sozialgesetzgebung und des Arbeiterschutzes.

3. Einwandfreie Erklärung über Wiederherstellung Belgiens und Verständigung über Entschädigung.

4. Bisher geschlossene Friedensverträge dürfen kein Hindernis für den allgemeinen Friedensschluß bilden; im Baltikum, in Litauen und in Polen sind alsbald Volksvertretungen auf breiter Grundlage zu schaffen. Diese Staaten, in denen alsbald Zivilverwaltungen einzuführen sind, haben ihre Verfassung und ihre Beziehungen zu den Nachbarvölkern zu regeln.

5. Schaffung eines selbständigen Bundesstaates Elsaß-Lothringen unter Gewährung voller Autonomie entsprechend dem Verlangen der elsaß-lothringischen Volksvertretung.

6. Unverzügliche Durchführung der Wahlrechtsreform in Preußen. Gleiches Anstreben solcher Reform in denjenigen Bundesstaaten, die sie noch entbehren.

7. Einheitlichkeit der Reichsleitung; Berufung von Regierungsvertretern aus dem Parlament zur Durchführung einer einheitlichen Reichspolitik; strenge Einhaltung aller verfassungsmäßigen Verantwortlichkeiten; Beseitigung aller militärischen Einrichtungen, die der politischen Beeinflussung dienen.

8. Zum Schutze der persönlichen Freiheit, des Versammlungsrechts und der Pressefreiheit sofortige Aenderung der Bestimmungen über den Belagerungszustand. Beschränkung der Zensur auf Fragen der Beziehungen zu auswärtigen Regierungen, der Kriegsstrategie und -taktik, Truppenbewegungen, Herstellung von Kriegsmaterial. Einrichtung einer politischen Kontrollstelle für alle Maßnahmen, welche auf Grund des Belagerungszustandes verhängt werden.

Kriegsziel- und Friedensfragen.

Rußland hebt den Brester Frieden auf.

hb **Berlin**, 5. Okt. Wie der „Vorwärts" mitteilt, hat Rußland den Brester Frieden mit der Türkei aufgehoben und erwartet von Deutschland seine freiwillige Aufhebung.

Der „Vorwärts" veröffentlicht auf Grund der Mitteilungen des Korrespondenten des „Neuen Wiener Journals" Dr. Friedegg die Note, die von der Räteregierung den Türkei übersandt worden ist. Dieser Note war eine andere vorausgegangen, in der Rußland verlangte, die Türkei solle ihre Truppen hinter die vertraglich festgesetzten Grenzen zurückziehen. Zur Feststellung der Schäden soll eine internationale Kommission eingesetzt werden und die deutsche Regierung solle die Durchführung dieser Bedingungen verbürgen. Die Türkei versprach Antwort bis zum 30. September, verzögerte aber die Note bis zum 2. Oktober und erklärte dann, die Zurückziehung der regulären Truppen sei schon im Zuge. Darin, daß von den irregulären nicht die Rede ist, sieht die russische Regierung eine Nichterfüllung ihrer Bedingungen und sie findet die Antwort auch sonst ungenügend. Darum erfolgte die Aufhebung des Friedenszustandes. **Rußland befindet sich also in Kriegszustand mit der Türkei, was auch die Wiederaufnahme des Kriegszustandes mit Deutschland bedeute, wenn dieses seinem Bundesgenossen Waffenhilfe leiste.** Daß Rußland die Aufhebung des Brester Friedens durch Deutschland erwartet und fordert, geht aus einer Note Rußlands an Deutschland hervor die vom 2. Oktober datiert ist. Der „Vorwärts" veröffentlicht daraus einige Teile und glaubt, der von Rußland angeregte Schritt liege in der Richtung der von den Vertretern des sogenannten östlichen Orientierung empfohlenen Lösung. Insofern der in Aussicht stehenden größeren Ereignisse dürfte die Revision von Brest auf der allgemeinen Friedenskonferenz erfolgen.

Lattfon und Wiener Friedensrede.

* **Basel**, 5. Okt. Nach der „Stampa" wird in der Antwortnote des Papstes auf die Friedenseinladung Oesterreichs der lebhafte Wunsch des Heiligen Vaters wiederholt, daß auf Erden bald Friede einkehren möge. Der Papst könne jedoch das Vermittelungswerk im jetzigen Augenblick nicht übernehmen.

Neuer Friedensschritt Hollands.

hb **Wien**, 4. Okt. Wie der Korrespondent des „Berl. Tagebl." authentisch erfährt, bezieht sich eine Stelle in der Rede des Ministerpräsidenten Dr. Weterle vor dem Budapester Parlamente, die von einem von der Monarchie eingeleiteten Friedensschritte spricht, darauf, daß die Monarchie Holland um eine Anregung ersucht habe. Es handelt sich nicht nur um die Bitte Oesterreich-Ungarns, zu gestatten, daß der Haag der Ort der Zusammenkunft der Delegation der kriegführenden Mächte sei, sondern um das ausdrückliche Ersuchen der Monarchie, Holland möge die Kriegführenden zu Verhandlungen einladen. Holland hat diese Einladungen bereits abgesandt.

Die Antwort der englischen Regierung auf die jüngste Note des Grafen Burian ist hier eingetroffen. Dem Vernehmen nach ist die Note in höflichem Tone gehalten und fordert die österreichisch-ungarische Regierung auf, die Friedensvorschläge näher zu präzisieren. In politischen Kreisen wird behauptet, daß in nächster Zeit Professor Hofrat Lammasch mit der Mission betraut werden wird, ein Memorandum über die 14 Punkte Wilsons auszuarbeiten. Das Memorandum soll dem Präsidenten Wilson übermittelt werden.

Die Vorgänge in Bulgarien.

Die Vorgeschichte der Krise.

Zu der noch ungeklärten Frage, ob der Zusammenbruch Bulgariens und das Friedensangebot Malinows lediglich die Folge der militärischen Niederlage war oder ob geheime Verhandlungen den Abfall von den Mittelmächten vorbereitet hatten, liefert der Leitartikel des „Temps" vom 28. September einen wichtigen Beitrag. Wir erfahren daraus, daß der Plan einer mazedonischen Offensive gegen die bulgarische Front schon vom General Guillemont, dem Nachfolger Sarrails und Vorgänger des jetzigen Oberkommandierenden Franchet d'Esperey, gefaßt und ausgearbeitet worden ist. Als Vorbereitung erfolgte am 30. Mai die Aktion griechischer Truppen bei Strumitza-Legen, deren Bedeutung für die Zukunft auch Venizelos nicht bekannt war. Im Juli wurde dann der Plan der Alliiertenkonferenz in Versailles vorgelegt, wobei sich zwei Meinungen entgegenstanden. Die eine war für diplomatische Verhandlungen mit Bulgarien, die andere für die Offensive. Für letztere trat besonders die französische politische und militärische Leitung ein, während offenbar England für Verhandlungen war; denn der „Temps" wendet sich etwas ironisch an Balfour mit der Bemerkung, er werde wohl jetzt nicht bedauern, zugestimmt zu haben.

Aus diesem leisen Lüften des Schleiers scheint, wie die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt, hervorzugehen, daß die Entente als solche wenigstens offizielle Verhandlungen mit Bulgarien nicht geführt hat. Dies schließt natürlich nicht aus, daß England und Amerika ihre eigene Politik gemacht haben. Inwieweit neuerliche Veröffentlichungen der „Iswestija" über bulgarische Anknüpfungsversuche bei der Entente Licht in die Angelegenheit bringen können, muß man erst abwarten; die bis jetzt veröffentlichten Mitteilungen, die auf Vorgänge im Jahre 1917 zurückgehen, nennt das halbamtliche Blatt ziemlich belanglos.

Das Ringen im Westen.

Die Räumung von St. Quentin.

* **Westfront**, 5. Okt. Der Kriegsberichterstatter Dr. Wegener schreibt der „Köln. Ztg.": Die Preisgabe St. Quentins ist schon seit einiger Zeit beschlossen gewesen, und die Räumung durch unsere Truppen hat sich ohne Störung durch den Feind vollzogen. Besondere Zerstörungen sind bei unserm Abzug, wie ich hier von maßgebender Seite höre, in der Stadt nicht vorgenommen worden, außer, daß einige größere, von uns ausgebaute Unterstände gesprengt worden sind, die dem Feinde schützende Unterkunft gegeben haben würden, ebenso die Bahnhofsanlagen. Die Richtigkeit dieser Angabe wird ja der Vergleich der zahlreichen Aufnahmen aus St. Quentins letzter Zeit mit den bald zu erwartenden gegnerischen ergeben. Weitere Zerstörungen waren auch militärisch kaum nötig, denn oberirdisch konnte die fürchterlich verwüstete Stadt sowieso kaum noch Unterkünfte mehr bieten. In Frankreich wird großer Jubel sein, weil zum ersten Male in diesem Kriege eine der größern, von uns eroberten Städte wieder in französische Hand zurückgekommen ist, aber zugleich doch wohl ein Entsetzen über die Gestalt, in der sie wieder französisch geworden ist. Diese Gestalt haben ihr die Befreier selber gegeben. Unter deutscher Besetzung war St. Quentin Jahre hindurch, wie ich selbst hier mehrfach zu schildern Gelegenheit hatte, völlig unversehrt geblieben, eine anmutige, lebensvolle Stadt in der die Bürgerschaft und die deutschen Truppen lange vorbildlich miteinander auskamen. Es war stets eine besondere Freude für uns, auf unsern Kriegsberichterstatterfahrten, für die Truppe beim Durchmarsch oder in Ruhequartier nach St. Quentin zu kommen. Viele der freundlichsten Erinnerungen dieses Feldzuges knüpfen sich an St. Quentin, und wie wir sein künstlerisches Juwel, die große Kathedrale, geehrt, studiert, gepflegt haben, darüber habe ich erst vor einigen Wochen eingehend hier gesprochen. Seit März vorigen Jahres kam St. Quentin in die rückwärtige Kampflinie, bis wir wiederum im März den Feind zurücktrieben. Das zwischenliegende Jahr wurde St. Quentins Todesjahr. Zwölf Monate hindurch hat der Gegner von seinen, den Ort halbkreisförmig umgebenden Stellungen aus unausgesetzt seine schweren Granaten in die in einem Kessel liegende Stadt wie in ein Auffangbecken hineingeschleudert, anfänglich nur die Engländer, dann aber auch die Franzosen selbst, und haben sie gänzlich in eine wüste Trümmerstätte verwandelt, in der kaum noch ein Haus unversehrt geblieben, ganze Straßenzüge aber nur noch von Schuttbergen bezeichnet waren. Die große Kirche, eine der herrlichsten Frankreichs, war durch die feindlichen Geschosse, und zwar erwiesenermaßen besonders durch französische, in eine unwiederherstellbare Ruine verwandelt worden. Ganz anders als die angebliche Ruine, in die wir im Oktober 1914 die Reimser Kathedrale umgeschaffen haben sollen. Gegenüber dem nur zu wahrscheinlichen Verlauf, daß die gegnerische Presse jetzt die Zerstörung St. Quentins als ein neues Denkmal der deutschen Barbarei hinzustellen versuchen wird, sei mit Nachdruck auf den tatsächlichen Verhalt hingewiesen, und darauf auch, was der Franzose seinem eigenen Lande zufügt, wie er es notwendigerweise wieder erhält, wenn er darauf besteht, es mit Gewalt statt mit Verhandlungen wieder zu erlangen.

Letzte Nachrichten

Kaiserlicher Erlaß an Heer und Marine.

WTB **Berlin**, 5. Okt. (Telegr.) Amtlich. Der Kaiser hat nachstehenden Erlaß an das deutsche Heer und die deutsche Marine gerichtet:

An das deutsche Heer und die deutsche Marine!

Seit Monaten stürmt der Feind unter gewaltigen Kraftanstrengungen, fast ohne Kampfpause, gegen Eure Linien an. In wochenlangem Ringen, vielfach ohne Ruhe, müht Ihr ausharren und dem an Zahl weit überlegenen Feinde die Stirn bieten. Darin liegt die Größe der Aufgaben, die Euch gestellt sind und die Ihr erfüllt. Truppen aller deutschen Stämme tun ihre Schuldigkeit und verteidigen auf fremdem Boden hierbei das Vaterland. Hart ist der Stand meiner Flotte, uns sich den feindlichen Seestreitkräften gegenüber zur Geltung zu bringen und in ihrer unermüdlichen Arbeit die Armee in ihrem schweren Kampfe zu unterstützen. Mit starker Bewunderung sind die Augen der Heimat auf die Taten des Heeres und der Marine gerichtet. Ich sage Euch meinen und des Vaterlandes Dank!

Mitten in das schwere Ringen fällt der Zusammenbruch der mazedonischen Front. Eure Front ist ungebrochen und wird es weiter bleiben. Ich habe mich im Einvernehmen mit unseren Verbündeten entschlossen, den Feinden nochmals den Frieden anzubieten. Doch nur zu einem ehrenvollen Frieden werden wir die Hand reichen. Das schulden wir den Helden, die ihr Leben für das Vaterland gelassen haben. Das schulden wir unseren Kindern. Ob die Waffen ruhen werden, steht noch dahin.

Bis dahin dürfen wir nicht erlahmen. Wir müssen wie bisher alle Kräfte daran setzen, unermüdlich dem Ansturm des Feindes standhalten. Die Stunde ist ernst! Aber wir fußen uns im Vertrauen auf unsere Kraft und Gottes gnädige Hilfe stark genug, unsere geliebte Heimat zu verteidigen.

*

Besprechungen beim Kaiser.

WTB **Neues Palais**, bei Potsdam, 5. Okt. (Telegr.) Der Kaiser hatte gestern nachmittag Besprechungen im Reichskanzlerpalais und hatte heute vormittag den Generalstabschef.

Hindenburg nach dem Großen Hauptquartier zurückgekehrt.

WTB **Berlin**, 5. Okt. (Telegr.) Generalfeldmarschall v. Hindenburg hat sich gestern nachmittag 5.50 Uhr vom Potsdamer Bahnhof aus ins Große Hauptquartier begeben.

*

Der neue Friedensschritt des Dreibundes.

Die deutsche Friedensnote an Wilson.

WTB **Berlin**, 6. Okt. (Telegr.) Die durch Vermittlung der schweizerischen Regierung dem Präsidenten Wilson übermittelte Note hat folgenden Wortlaut:

Die deutsche Regierung ersucht den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, die Herstellung des Friedens in die Hand zu nehmen, alle kriegführenden Staaten von diesem Gesuch in Kenntnis zu setzen und sie zur Entsendung von Bevollmächtigten zwecks Aufnahme von Verhandlungen einzuladen. Sie nimmt das von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten in der Kongreßbotschaft vom 8. Januar 1918 und in seinen späteren Kundgebungen, namentlich in seiner Rede vom 27. September aufgestellte Programm als Grundlage für die Friedensverhandlungen an. Um weiteres Blutvergießen zu vermeiden, ersucht die deutsche Regierung, den sofortigen Abschluß eines allgemeinen Waffenstillstandes zu Lande, zu Wasser und in der Luft herbeizuführen.

Prinz Max von Baden, Reichskanzler.

Oesterreichs Friedensnote an Wilson.

WTB **Wien**, 6. Okt. (Telegr.) Der österreichisch-ungarische Gesandte in Stockholm ist vom Minister des Aeußern telegraphisch beauftragt worden, die königlich schwedische Regierung zu ersuchen, am 4. Oktober folgende Depesche an den Präsidenten Wilson zu richten:

Die österreichisch-ungarische Monarchie, welche den Krieg stets als Verteidigungskampf geführt hat und wiederholt ihre Bereitwilligkeit bekundet hat, dem Blutvergießen ein Ende zu machen, um zu einem gerechten und ehrenvollen Frieden zu kommen, tritt hiermit an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika mit dem Antrage heran, mit ihre und ihren Verbündeten einen sofortigen Waffenstillstand zu Lande, zur See und in den Lüften abzuschließen und unmittelbar hierauf in Verhandlungen über einen Friedensschluß einzutreten, für den die 14 Punkte der Botschaft des Herrn Präsidenten an den Kongreß vom 8. Januar 1918 und die vier in der Rede des Herrn Präsidenten vom 12. Februar 1918 enthaltenen Punkte als Grundlage zu dienen hätten. Dabei soll auf die Ausführungen des Herrn Wilson vom 27. September 1918 Bedacht genommen werden.

Der Friedensschritt der Türkei.

WTB **Berlin**, 6. Okt. (Telegr.) **Wie der Reichskanzler in seiner Rede bereits andeutete, steht die Türkei im Begriff, einen gleichen Schritt zu tun.**